

Faktencheck zur Kritik an Bürgerinitiative und Heimatverein:

Richtig ist, dass in den 1970er Jahren beschlossen worden ist, sämtliche Gebäude des Ursulinenklosters abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Auch ist es richtig, dass aufgrund der Schülerentwicklung und der Einrichtung der Orientierungsstufe die Räume dieses historischen Schulhauses benötigt wurden.

Richtig ist aber auch, dass ab Mitte der 1990er Jahre der Zeichensaal und ein weiterer Raum im Dachgeschoss komplett renoviert wurden, dass das Haus zu der Zeit einen neuen Anstrich erhielt und dass in den 2000er Jahren neue Fenster eingesetzt wurden.

Auch ist zu bedenken, dass noch im Jahre 2008 mit sehr großem finanziellen Aufwand das komplette Dach dadurch saniert worden ist, dass die Schiefereindeckung mit einem hohen Kostenaufwand erneuert und eine mehrlagige Wärmedämmung in das Dachgeschoss eingebracht worden sind.

Richtig ist auch, dass heute der Abriss der historischen Klostergebäude in den 1970er Jahren vielfach bedauert wird.

(Fotos siehe www.kgh-altbau.de/home/schulhaus/bilder.html)

Falsch ist, dass der Heimatverein Haselünne erst in den letzten Tagen sein Interesse am Altbau bekundet habe und das Thema alle Jahre vorher ohne erkennbares Interesse geblieben sei. Richtig ist, dass sich der Heimatverein stets und im Besonderen seit 2017 für den Erhalt des Baudenkmals eingesetzt hat, vielleicht nicht immer in der jetzt von den Politikern geforderten Lautstärke!

Völlig unverständlich ist die Darstellung, dass der Altbau offensichtlich keine baulichen Napola-Merkmale aufweise und deshalb eine Erinnerung zum Beispiel in der Klosterkirche als ein sinnvollerer Ort erscheine, denn diese werde gegenwärtig kaum genutzt. Soll die Klosterkirche also zum „Mahnmal gegen Rechts“ umfunktioniert werden?

Das Gedenken an die schreckliche Zeit der NS-Indoktrination ist mit dem Klosteraltbau eng verbunden. Das Thema gehört daher nicht nur nach Esterwegen, wie der Erste Kreisrat Gerenkamp es im Fernsehinterview anmerkte, und gewiss nicht in die Klosterkirche!

Herr Gerenkamp ist der Ansicht, dass das Gedenken an die NPEA auch in Esterwegen erfolgen kann. Dem widerspricht deutlich die Stiftung niedersächsische Gedenkstätten.

Behauptet wird, dass sich der Landkreis seit 2012 wieder mit dem Thema eines Abrisses befasst habe und dass dieses auch öffentlich diskutiert worden sei.

Nun seien folgende Fragen gestattet:

Warum hat sich die Haselünner CDU, warum haben sich Haselünner CDU-Mitglieder, die als Kreistagsmitglieder an dieser Diskussion beteiligt worden sind oder zumindest davon wussten, sich an dieser „öffentlichen Diskussion“ nicht auch in der Haselünner Öffentlichkeit beteiligt? Wollten in Verantwortung stehende Haselünner CDU-Mitglieder von Anfang an dieses Schulhaus dem Erdboden gleich machen?

Es wird behauptet, dass von keiner Fraktion im Stadtrat politische Initiativen zum Erhalt ergriffen worden sein. Also auch nicht von der CDU-Mehrheitsfraktion im Stadtrat!

Als (bislang) treue, vielleicht auch repräsentative CDU-Wähler haben ich und auch viele andere Haselünner nicht glauben können, dass sich Haselünner CDU-Mitglieder in verantwortlicher Position so vehement für einen Abriss des historischen Schulhauses einsetzen würden.

Ein historischer oder architektonischer Wert des Gebäudes sei nicht zu erkennen, da auch kein Denkmalschutz bestehe. Auch dieses kann so nicht unwidersprochen stehen bleiben: Eine Unterschutzstellung wurde damals nur deshalb verweigert, weil das Gebäude durch Anbauten wie dem

Fahrstuhl zur Herstellung von Barrierefreiheit schon 1950 im Schulhaus und den Anbau an der Nordseite nicht mehr dem Original entspräche.

Die Aussage, dass das Gebäude sei teilweise so baufällig sei, dass Bereiche des Schulhofes gesperrt werden müssten, um vor herunterfallenden Dachteilen zu schützen, kann nicht unwidersprochen hingenommen werden. Ein Bausachverständiger betonte, dass das Gebäude keineswegs baufällig sei. Es sei von der Substanz her in recht gutem Zustand. Lediglich zwischen Steil- und Schrägdach hätten sich zwei Bleibleche gelöst, die man schnell wieder befestigen könne. Das Schieferdach sei völlig in Ordnung.

Abschließend zum Schulhaus selbst: Wenn den ehemaligen Schülerinnen und Schülern, die in diesem Haus unterrichtet worden sind, die hohen Decken und keinesfalls mannshohen Fensterbänke so missfallen hätten, warum sollten sie sich für den Erhalt des Schulhauses einsetzen? Ganze Abiturjahrgänge haben sich an der Unterschriftenaktion gegen den Abriss beteiligt.

In den Ausführungen der CDU-Fraktion wird fast überhaupt nicht auf die über das schulische Interesse hinausgehende Bedeutung des Gebäudes für das städtische Gesamtbild eingegangen, das durch den Abriss unschätzbaren Schaden nehmen würde. Außerdem ist es falsch, dass die Stadt Haselünne Millionen Euro investieren müsste. Der Kreis muss investieren. Die Stadt Haselünne hätte nur Vorteile, wenn das Gebäude erhalten bleibt.

Und zum Kreisgymnasium St. Ursula selbst: Wir meinen, die Qualität und der derzeitige hervorragende Ruf der Schule könnte durch die schulische Nutzung des historischen Gebäudes verbunden mit einem Erinnerungs-, Dokumentations- und Präsentationszentrum – in Erinnerung an die vorbildliche christliche Bildungsarbeit für Mädchen und Frauen der Ursulinen und zur Mahnung gegen die NS-Indoktrination – nur verbessert werden!

Ja, Haselünne braucht ein attraktives Gymnasium mit einem vielfältigen, breiten Bildungsangebot. Ein begehbarer Ort der Erinnerung und der Mahnung, an dem Geschichte zukünftigen Schüler*innen-Generationen anschaulich erfahrbar gemacht werden könnte, würde dazu beitragen. Ob dazu auch ein um die Abrissfläche vergrößerter Schulhof gehört, bleibt unklar! Dass der Schule ein angemessenes Freigelände fehle, ist so jedenfalls nicht richtig

Abschließend zu einem wichtigen Satz im Rundschreiben, den ich hier zitieren möchte: **„Wenn das neue Interesse von Bürgerinitiative und Heimatverein an diesem wichtigen Thema anhält, würde die CDU-Fraktion Haselünne den Prozess gerne politisch unterstützen.“**

Wenn dieser Satz ernst gemeint ist, dann müsste die Haselünner CDU-Fraktion vehement auf ein Moratorium beim Landrat Marc-André Burgdorf hinwirken. Vielleicht ist es noch nicht zu spät sondern erst „fünf vor zwölf“. Die Bürgerinitiative und viele andere Haselünner Bürger – und wahrscheinlich auch Vertreter des Kreisgymnasiums St. Ursula – würden sich einer Diskussion um die zukünftige „der Schule dienliche Nutzung“ nicht verweigern.

Bernhard Vehring,

Mitglied der Initiative zum Erhalt des Altbaus am Kreisgymnasium St. Ursula,
Mitglied im erweiterten Vorstand des Heimatvereins und
ehemaliger Lehrer am Kreisgymnasium St. Ursula